

Niederschrift

über die 04. Sitzung des Psychiatriebeirates (verschoben vom 25.08.2021)

am 15.09.2021

Tagungsort: Nowgorod-Raum, EG, Altes Rathaus

Beginn: 13:30 Uhr

Ende: 15:45 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Herr Aydin

Frau Berkemeyer

Frau Borgmann

Herr Ehnis

Frau Faist-Schweika

Herr Gauls

Frau Graul

Herr Klein

Vorsitzender

Frau Krutwage

Frau Lesner

Herr Müller

Herr Nitschke

Frau Rüweler

Frau Schrader

Frau Waters

Verwaltung

Frau Aron

Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention (zu TOP 2)

Herr Doodt

Amt für soziale Leistungen -Sozialamt- (zu TOP 2)

Frau Köster

Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention (zu TOP 4)

Frau Schulte

Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention (zu TOP 4)

Herr Hiltawsky

Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-

Schriftführung

Frau Mülöt

Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-

Gäste:

Frau Trittin

Bethel.regional

Frau Kröpp

Bethel.regional

Nicht anwesend:

Herr Dr. Böhringer

Herr Göke

Frau Großmann

Frau Münstermann

Herr Nolte

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Vorsitzender Herr Klein begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur 04. Sitzung des Psychiatriebeirates sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Zu Punkt 1

Verpflichtung von neuen Mitgliedern

Vorsitzender Herr Klein begrüßt Frau Sandra Waters. In seiner letzten Sitzung habe der Sozial- und Gesundheitsausschusses Frau Waters als Nachfolgerin des ausgeschiedenen Herrn Dr. Kremer zum Mitglied des Psychiatriebeirates ernannt.

Frau Waters wird von dem Vorsitzenden Herrn Klein nach folgender Formel verpflichtet:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Frau Waters bekräftigt Ihre Zustimmung mit einem vernehmbaren „Ja.“

-.-.-

Zu Punkt 2

Haushaltsplanberatungen für den Haushalt 2022

Vorsitzender Herr Klein begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Aron und Herrn Doodt.

Zu Punkt 2.1

Haushaltsplan und Stellenplan 2022 für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2128/2020-2025

Herr Doodt berichtet zur Verwaltungsvorlage und geht dabei auf Schwerpunkte ein, die den Psychiatriebeirat betreffen. Die Vorlage werde momentan in den Fachausschüssen und Beiräten beraten, in der Ratssitzung am 09.12.2021 solle dann der Haushalt 2022 beschlossen werden.

Auf Nachfrage von Frau Schrader erklärt Herr Doodt, dass das Budget für die Sprach- und Kulturmittler Teil des Haushalts des Kommunalen Integrationszentrums sei und daher in dieser Vorlage nicht auftauche.

Der Psychiatriebeirat fasst folgenden

Beschluss:

Der Psychiatriebeirat empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2022 mit den Plandaten für die Jahre 2023 bis 2025 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.66, 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird zugestimmt.
2. Den **Teilergebnisplänen** der nachstehenden Produktgruppen wird unter Berücksichtigung der als Anlage 2 beigefügten „Veränderungsliste Haushaltsplanaufstellung 2022 – 2025“ mit den aufgeführten Änderungen zugestimmt, soweit keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden:

Produktgruppe	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Finanzerträge	Ordentliches Ergebnis
11.01.66 SGA, Seniorenrat, Beiräte	2.441 €	121.034 €	0 €	118.593 €
11.05.01 Grundsicherung für Arbeit	84.582.458 €	127.396.997 €	0 €	42.814.539 €
11.05.02 Sicherung des Lebensunterhalts	58.413.712 €	75.412.306 €	12.000 €	16.986.594 €
11.05.03 Besondere soziale Leistungen	14.956.475 €	81.817.882 €	0 €	66.861.407 €
Insgesamt	157.955.086 €	284.748.219 €	12.000 €	126.781.133 €

3. Den **Teilfinanzplänen A und B** der nachstehenden Produktgruppen wird zugestimmt:

Produktgruppe	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis 2022
11.05.01 Grundsicherung für Arbeit	0 €	44.100 €	44.100 €
11.05.03 Besondere soziale Leistungen	51.000 €	70.000 €	19.000 €
Insgesamt	51.000 €	114.100 €	63.100 €

4. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird zugestimmt.
5. Dem **Stellenplan 2022** für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt - wird unter Berücksichtigung der als Anlage 7 beigefügten „Ergänzung zur Veränderungsliste für den Stellenplan 2022“ zugestimmt.
6. Der Änderung zu den „Erläuterungen zu den Haushaltspositionen“ zu Produktgruppe 11.05.03 wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2.2

Haushaltsplan und Stellenplan 2022 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2188/2020-2025

Frau Aron berichtet zur Verwaltungsvorlage und beantwortet wenige Fragen. Sie geht dabei vor allem auf die für den Psychiatriebeirat relevanten Themen ein.

Der Psychiatriebeirat fasst folgenden

Beschluss:

Der Psychiatriebeirat empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2022 mit den Plandaten für die Jahre 2023 bis 2025 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppe 11.01.31 wird zugestimmt.
2. Dem **Teilergebnisplan** der

Produktgruppe	Haushaltsjahr	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendungen	Ergebnis (Budget)
11.01.31 Integrierte Sozialplanung u. Prävention	2022	826.724 €	3.007.236 €	2.180.512 €

und den **Teilfinanzplänen A und B** der

Produktgruppe	Haushaltsjahr	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen
11.01.31 Integrierte Sozialplanung u. Prävention	2022	0 €	4.000 €

wird unter Berücksichtigung der als Anlagen 2 und 6 beigefügten Veränderungslisten Haushaltsplanaufstellung 2022 - 2025 mit den aufgeführten Änderungen zugestimmt.

3. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppe 11.01.31 für den Haushalt 2022 wird zugestimmt.
4. Dem **Stellenplanentwurf** 2022 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention entsprechend Anlage 4 wird zugestimmt.
5. Den in Anlage 5b dargestellten **weiteren Personalbedarfen** für 2022 wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3

Projekte der Wohnungslosenhilfe

Vorsitzender Herr Klein begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Trittin und Frau Kröpp von Bethel.regional.

Zunächst führt Frau Krutwage kurz in das Thema ein.

Frau Trittin und Frau Kröpp stellen sich vor, bedanken sich für die Einladung und gehen im Weiteren auf die Projekte „Ernst-Rein-Straße“ und „Streetwork Wohnungslosenhilfe“ ein. Ziel sei, die Menschen zu erreichen, die bisher keinen Zugang zu bestehenden Hilfesystemen gehabt hätten. Mit viel Geduld werde versucht, mit diesen Menschen Kontakt aufzunehmen und Vertrauen herzustellen, um ihnen Behandlungsangebote machen zu können.

Herr Ehnis fragt nach den Kosten des Angebotes an der Ernst-Rein-Straße. Frau Krutwage erläutert, dass bei der Finanzierung insbesondere die Kosten für die Bewirtschaftung, den Sicherheitsdienst und die sozialarbeiterische Betreuung zu Buche schlagen. Das Gros der Nutzer*innen werde auf der Grundlage der Gebührensatzung zur Finanzierung mit herangezogen. Es handele sich hier um ein präventives Angebot, das perspektivisch in ein Regelangebot überführt werden solle.

Auf Nachfrage von Herrn Nitschke erläutert Frau Trittin, dass die Container aufgrund ihrer Beschaffenheit eine enge räumliche Nähe und eine hohe akustische Belastung mit sich brächten, was immer wieder zu Konflikten führe. Gegenüber der Alternative von Mehrbettzimmern sei ein einzelner kleiner Raum für jeden und damit die Möglichkeit, sicher schlafen zu können, dennoch eine Verbesserung. Das Wohnen in Containern sei aber keine Dauerlösung, da auch eine Wohnatmosphäre schwer geschaffen werden könne. Während der Corona-Pandemie sei ein Tagesaufenthalt nur sehr eingeschränkt möglich. Klienten könnten aufgrund ihrer psychischen Verfassung die Anforderungen an Hygiene und Abstand oft nur begrenzt erfüllen. Daher habe man sich im Rahmen des Streetworks bemüht, zu diesen Menschen aktiv aufsuchend Kontakt herzustellen.

Herr Aydin fragt, wie viele wohnungslose Menschen es in Bielefeld gebe und wie viele Menschen durch Streetwork erreicht würden. Frau Trittin berichtet, man gehe von etwa 500 Menschen aus, die durch Streetwork angesprochen werden könnten. Ca. 25 bis 30 von ihnen hielten sich ohne jegliche Anbindung an eine Unterkunft in Bielefeld auf. Dies sei die Zielgruppe von Streetwork für Wohnungslose.

Auf Nachfrage von Herrn Klein erklären Frau Trittin und Frau Kröpp, dass zwischen dem Streetwork für Wohnungslose und dem „allgemeinen“ Streetwork ein enger Austausch und gemeinsame Aktivitäten stattfänden, um die Entstehung von Doppelstrukturen zu vermeiden und die betroffenen Menschen erfolgreich unterstützen zu können.

Vorsitzender Herr Klein bedankt sich für die Ausführungen.

Zu Punkt 3.1 Jahresbericht zum Projekt Ernst-Rein-Straße für wohnungslose Menschen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1788/2020-2025

Die Beratung und Protokollierung dieses Tagesordnungspunktes erfolgte gemeinsam mit TOP 3.2 unter TOP 3.

Der Psychiatriebeirat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 3.2 Jahresbericht zum Streetwork in der Wohnungslosenhilfe

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1791/2020-2025

Die Beratung und Protokollierung dieses Tagesordnungspunktes erfolgte gemeinsam mit TOP 3.1 unter TOP 3.

Der Psychiatriebeirat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 4 Berichterstattung über das zielgruppenspezifische Streetwork

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1339/2020-2025

Vorsitzender Herr Klein begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Köster und Frau Schulte und führt kurz in das Thema ein. Er erinnert an die kritische Anmerkung aus dem Psychiatriebeirat an den Sozial- und Gesundheitsausschuss (SGA) hinsichtlich möglicher Schaffung von Doppelstrukturen und fehlender Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips.

Frau Köster und Frau Schulte berichten zur Vorlage. Bei Bedarf werde man auch an anderen als den beschriebenen Orten aufsuchend tätig, sofern dort keine alternativen Angebote bestünden. Das zielgruppenspezifische Streetwork sehe sich insbesondere in der Funktion, Menschen an bestehende Hilfesysteme zu vermitteln. Problematisch sei der Umgang mit den wohnungslosen Menschen, die nicht Bielefelder Bürgerinnen und

Bürger seien. Ihnen könnten keine konkreten Hilfsangebote gemacht werden. Hierzu fragt Frau Borgmann, ob ein Austausch mit umliegenden Kommunen erfolge oder wie man mit dieser nicht zu versorgenden Gruppe umgehe. Frau Köster erklärt, dass diese Menschen oft trotz fehlender Angebote in der Stadt blieben.

Auf Nachfrage von Herrn Ehnis erläutert Frau Schulte, dass die Kontakte zu den Menschen vertraulich und auf anonymer Basis geführt würden und daher nicht konkret feststellbar sei, wie viele dieser Personen wohnungslos seien.

Zur Situation am Treppenplatz berichten Frau Schulte und Frau Köster, dass sich dort ein Kern von wenigen Personen aufhalte. Diese seien alle mit Wohnraum versorgt. Von einer Szene könne man dort nicht sprechen.

Der Kontakt mit wohnungslosen Frauen gestalte sich grundsätzlich schwieriger als mit Männern, da die betroffenen Frauen oft insgesamt deutlich misstrauischer seien. Frauen seien Männern gegenüber zahlenmäßig deutlich in der Minderheit.

Frau Schrader bittet darum, sie für das Netzwerk Migration in den Verteiler für den neu gegründeten Beirat mit aufzunehmen.

Vorsitzender Herr Klein bedankt sich bei Frau Schulte und Frau Köster für ihren ausführlichen Bericht.

Der Psychiatriebeirat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 5

Digitales „Forum Quartiersprojekte“: die ausgewählten TOP 3 der Quartiersprojekte

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1825/2020-2025

Frau Rüweler berichtet zur Vorlage der Verwaltung und zeigt beispielhaft einen Film der ausgewählten TOP 3 der Quartiersprojekte.

Ergänzend weist sie darauf hin, dass alle zwölf Filme auf der Homepage der Stadt Bielefeld unter dem Stichwort „Forum Quartiersprojekte“ <https://www.bielefeld.de/node/10844> zu sehen seien.

Darüber hinaus wirbt sie für die Projektmitteleinwerbung.

Der Psychiatriebeirat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6

Information über die Umsetzung des am 01.07. in Kraft getretenen Glücksspielstaatsvertrages 2021

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2254/2020-2025

Herr Gauls ergänzt zur Vorlage, dass es hier um die Reduzierung der Glücksspielstätten gehe. Dieses Thema sei nicht neu. Leider beziehe sich der Glücksspielstaatsvertrag 2021 nur auf Spielhallen. Die Schließung von Spielstätten führe automatisch zu einer vermehrten Öffnung von Onlineangeboten (z. B. Sportwetten). Damit verlagerten sich lediglich die Probleme mit Spielsüchten.

Der Psychiatriebeirat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Vorsitzender Herr Klein beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.

Gez. Rüdiger Klein

Gez. Rita Mülrot